

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugsbedingungen und Einzelpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-203. Tel.-Vorf. Soz. Demokr. Partei Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Die Regierungskrise.

Wird Ludendorff Minister?

Die Richtlinien für ein Regierungsprogramm, die der Reichstanzler ausgearbeitet hat, sind bisher nicht bekanntgegeben worden. Auch die Fraktionen, die morgen tagen sollen, sind noch ohne Kenntnis von ihnen. Es läßt sich aber jetzt schon voraussagen, daß sie recht allgemein gehalten sein werden, und daß sich Wünsche auf ihre Präzisierung und Erweiterung geltend machen werden. Schließlich aber läme es darauf an, in welchem Geiste sie zur Ausföhrung gelangen werden, entstünde die Frage, ob man zu der Regierung in der geplanten Zusammensetzung das Vertrauen haben könnte, daß sie mit ihren Verpflichtungen ernst machen würde. Es ist ein langer Weg...

Vor Neuwahlen in England.

London, 7. Oktober. (WTB.) Die heutige Morgenpresse erwartet mit Bestimmtheit für morgen den Sturz der Regierung und darauffolgende Neuwahlen. "Daily Telegraph" zufolge bedeutet der gestern gefaßte Beschluß des Kabinetts, daß die Regierung bei der morgigen Unterhausbekatte über den Campbell-Fall eine Niederlage erleiden wolle. "Times" schreibt, das Kabinett habe gestern einen folgenschweren Beschluß gefaßt, nach dem sofortige Neuwahlen unvermeidlich seien, es sei denn, daß die Liberalen den von ihnen im Campbell-Fall eingenommenen Standpunkt vollkommen aufgeben. Es verlaute jedoch gestern von unterrichteter Seite, daß der liberale Antrag unter keinen Umständen zurückgezogen werden würde. Macdonalds Rede auf der heute vormittag stattfindenden Arbeiterpartei-Konferenz werde zweifellos als eine offizielle Erklärung des Wahlfeldzuges anzusehen sein. "Daily Herald" schreibt: Die Arbeiterpartei wird kämpfen. Dies ist der Sinn des Kabinettsbeschlusses, der einstimmige und begeisterte Unterstützung der Arbeiterbewegung findet.

Die französische Völkerebundantwort.

Paris, 7. Oktober. (WTB.) Zu der französischen Note über den Eintritt Deutschlands in den Völkerebund schreibt "Journal", Herriot erkläre, er zögere nicht, festzustellen, daß, wenn Deutschland in den Völkerebund eintrete, es sofort den Rang einer Großmacht einnehmen würde. Das wolle zum mindesten bezogen, Frankreich werden sich nicht widersetzen, daß Deutschland im Völkerebund einen ständigen Sitz erhalte, und das könne sogar bedeuten, daß Deutschland auch an den Kolonialmandaten teilnehmen werde. "Deure" schreibt, die französische Regierung hätte Deutschland an die Vollversammlung des Völkerebundes verweisen können, das wäre unhöflich und ungeschickt gewesen. Frankreich habe es vorgezogen, Deutschland die Versicherung zu geben, daß es glücklich wäre, wenn Deutschland in den Völkerebund eintreten werde, und daß es angesichts der Bedeutung des deutschen Staates sich nicht seiner ständigen Vertretung im Völkerebund widersetzen werde. Die französische Regierung habe die Bemühung gehabt, daß ihre These von England und Belgien geteilt werde; die Antworten, die aus London und Brüssel an Berlin gehen werden, seien von dem gleichen Geiste eingegeben. "Peuple" sagt, nunmehr habe die deutsche Regierung das Wort. Zwar hätte eine Genfer Depesche schon eine außerordentliche Session des Völkerebundes im Dezember angekündigt, aber das schiene eine etwas verfrühte Nachricht zu sein, denn augenblicklich hänge alles von der Lösung der innerpolitischen Krisis in Deutschland ab.

Die Revolte der Kardinäle.

Paris, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Erzbischof von Bordeaux, Kardinal Andrieu, hat in einem Schreiben an die Presse eine außerordentlich scharfe Erwiderung auf die Antwort Herriots an die Kardinäle veröffentlicht, in dem er u. a. sagt, daß er nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, daß die Laienregierung als nicht vorhanden angesehen werden müsse, weil sie verfassungsmäßig sei.

eine größere Berechtigung hätte, die nationalsozialistische Freiheitspartei mit in diese große Volksgemeinschaft aufzunehmen als die klassenkämpferische Sozialdemokratie. Damit ist zwar noch nicht die neue Regierung fertig, sicher aber die neue kommunistische Parole für morgen: "Der Bloch von Ludendorff bis Crispian." Indessen, wenn die "Kreuzzeitung", demokratisch, wie sie nun einmal ist, auf die "Volkstimmnung" so zärtlich Rücksicht nimmt, wäre es da nicht besser, bevor man Ludendorff, Hergt und Tirpitz zu Ministern macht, die Volkstimmnung noch einmal zu ergründen?

Heute nachmittag Uebermittlung der Richtlinien.

Wie die III. erfährt, werden die vom Reichstanzler ausgearbeiteten Richtlinien den Parteiführern am heutigen Dienstagnachmittag zugestellt. Die demokratische Fraktion hat ihre für heute angesetzte Sitzung um morgen verschoben. Das Zentrum wird Mittwoch vormittag um 10 Uhr zusammentreten, die Sitzung der Demokraten beginnt um 11 Uhr, die der Sozialdemokraten um 2 Uhr, der Deutschen Volkspartei um 4 Uhr und die der Deutschnationalen um 5 Uhr. Den Beratungen der Fraktionen werden die neuen "Richtlinien" des Reichstanzlers zu Grunde gelegt.

Die Oppositionsbewegung in Italien.

Rom, 7. Oktober. (II.) Gestern hielt der Kongreß der liberalen Partei Italiens seine letzte Sitzung ab. Eine Tagesordnung Ricci für ein Zusammenarbeiten mit der Regierung wurde mit 23 000 gegen 10 880 Stimmen abgelehnt. Demgegenüber hat der Kongreß eine Tagesordnung angenommen, in der gefordert wird: 1. Der Staat muß der Parteherrschaft entzogen werden. 2. Die Trennung der Gewalten muß rücksichtslos respektiert werden. 3. Die einzige legitime Grundlage der Regierung ist der in konstitutioneller Form zum Ausdruck gebrachte Wille des Volkes. 4. Die Verfügung über die nationale Armee bleibt ausschließlich dem Staate vorbehalten. Die Arme darf nicht den Charakter einer Parteiarmee annehmen. 5. Die lokalen Institutionen bleiben den von den Bürgern gewählten Verwaltungskörpern vorbehalten.

Sozialistenverfolgungen in Ungarn.

Budapest, 7. Oktober. (II.) Die Sozialdemokraten veranstalteten am Samstag zahlreiche Versammlungen, von denen die meisten polizeilich aufgelöst wurden. In Budapest wollte der sozialdemokratische Abgeordnete Rajenstein zu den deutschen Wählern in deutscher Sprache sprechen, aber der anwesende Polizeibeamte erlaubte dies nicht. Unter den Deutschen herrschte über dieses Eingreifen des Polizeibeamten große Empörung. Darauf sprach der Abgeordnete Emmerych ungarisch über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament.

Die Tragödie Georgiens.

London, 7. Oktober. (II.) "Daily Telegraph" erfährt aus Trapezunt, daß die Kämpfe in Georgien mit Erbitterung fortgesetzt werden. Eine Abteilung russischer Soldaten in den Bergen der Provinz Suanethien 500 Mann der Sowjettruppen gefangen und erbeutete viele Maschinengewehre und mehrere Batterien. Die Stadt Dzurgethy wurde von den Georgiern eingenommen. Zweihundert Geiseln, die von den Bolschewisten mitgeschleppt wurden, konnten befreit werden. Georgische Streitkräfte von etwa 3000 Mann, die erneut Verstärkungen erhalten, treiben die Sowjettruppen aus den Bergen von Mingrelan und stehen vor der Festung Poti. Die Transportzüge der Strecke Batumi-Tiflis wurden von den Aufständischen zu wiederholten Malen erbeutet, wobei ihnen viel Waffenmaterial in die Hände fiel. Die großen Ölhöhlenleitungen für Petroleum sind an mehreren Stellen durch Sprengungen zerstört. Die Sowjetregierung hat alle Schiffe beschlagnahmen lassen, um möglichst schnell Truppen nach Georgien zu werfen, da der Truppentransport auf der Kaukasusbahn zu unsicher ist. Mehr als 100 000 Mann Sowjettruppen sollen seit Beginn des Aufstandes nach dem Kaukasus entsandt worden sein. Die Einziehung der Naturalabgaben und die Requisitionen von Getreide durch die Bolschewisten stoßen auf den bestigsten Widerstand der Landbevölkerung.

Die ostchinesische Bahn in Sowjetbesitz.

Der Preis für die Unterstützung Tschangsolins. Paris, 7. Oktober. (II.) Nach einer Meldung der "United Press" aus Moskau ist die gesamte Verwaltung der chinesischen Ostbahnen kraft des am 20. September zwischen Tschangsolin und der Sowjetregierung getroffenen Abkommens am Sonnabend in die Hände der Sowjetregierung übergegangen. Der bisherige Aufsichtsrat der Eisenbahngesellschaft ist verhaftet worden. Zum Direktor haben die Sowjets den Eisenbahningenieur Joanoff ernannt.

Englands innere Krise.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.) London, Anfang Oktober.

Als das englische Parlament im Juli auf Urlaub ging, war für Anfang Oktober nur eine kurze, ausschließlich Irland gewidmete Session geplant; nach Erledigung der irischen Gesetzgebung sollte das Unterhaus wieder auf Urlaub gehen, um Ende Oktober die Winterarbeit wieder aufzunehmen. Nun aber ist die Krise mitten in die irische Gesetzgebungsarbeit eingeklappert. Die Situation ist parlamentarisch ausweglos geworden, und es fragt sich heute nicht mehr, ob sich das Land im Laufe des Herbstes oder Winters vor Neuwahlen gestellt sehen würde oder nicht, sondern lediglich, ob die Entscheidung über das Schicksal der Regierung am Mittwoch oder erst in fünf Wochen fallen wird, ob Neuwahlen für Anfang November oder Anfang Dezember zu erwarten sind. Die Krise ist da, ein Zurück unmöglich.

Wie kam's? Seit dem Ende der Sommer-session sah es innerpolitisch von Woche zu Woche anders aus. Zuerst schien ein Sturz der Regierung über den russischen Frieden gewiß. Doch die Erregung ließ wieder nach, die City hatte den Parteien deutlich zu verstehen gegeben, daß im Interesse einer wirtschaftlichen Besserung Neuwahlen höchst unerwünscht seien. Der russische Vertrag erschien plötzlich als das kleinere Übel. Dann kam das Fortissimo der Lloyd-Georges-Pösaune, das bedächtige Forté des Briefes von Asquith. Die Entscheidung schien gefallen. Am letzten September-Sonntag änderte sich die Situation wieder, als Macdonald in seiner Derby-Rede den Forderungen Asquiths weit entgegenkam und den Liberalen jene goldene Brücke baute, die sie allgemein zu wünschen schienen. Die Presse der Liberalen biltes denn auch zum Rückzug. Doch schon am Mittwoch brach aus dem aufgewickelten politischen Himmel der Sturm los, der am Donnerstag die Wandelhalle des Unterhauses und die Fraktionszimmer der Parteien in eine geradezu unenglische, reichstagsähnliche Nervosität versetzte. Als sich am Donnerstag das Unterhaus vertagte, war die Nervosität verfloren, aber die Krise geblieben.

Was war geschehen? Die Liberalen und Konservativen hatten am Mittwoch Fraktions-sitzungen abgehalten. Die Liberalen beschloßen, den englisch-russischen Frieden in der heutigen Form, d. h. mit der Regierungsgarantie für die an Rußland zu gewährende Anleihe, abzulehnen. Gleichzeitig einigten sich die Konservativen, eine Art von Mißtrauensantrag - "a vote of censure" - im Unterhaus einzubringen: das Verhalten der Regierung Seiner Majestät in Sachen Einleitung und späterer Zurückziehung der Strafverfolgung gegen den verantwortlichen Redakteur des (kommunistischen) "Workers Weekly" (Arbeiter-Wochenblatt) erfordere eine Rüge dieses Hauses. Auch die Liberalen einigten sich am selben Abend über den Fall Campbell-Hastings dahin, einem "vernünftigen Votum" der Konservativen zuzustimmen.

Dieser Fall Campbell-Hastings ist, gemeißelt an den schwerwiegenden außen- und innerpolitischen Fragen, denen sich die Regierung Tag für Tag gegenübersteht, eine Lappalie, über die man unter anderen Umständen zur Tagesordnung übergegangen wäre. "Workers Weekly", die einzige politische Zeitung der Kommunisten, ein Wochenblatt mit einer Auflageziffer von höchstens 40 000 Exemplaren, hatte einen jener typischen kommunistischen Aufrufe an die britische Wehrmacht gebracht, in denen die Soldaten aufgefordert werden, sich weder zu imperialistischen Kriegen, noch bei Streiks gegen die Klassengenossen mißbrauchen zu lassen, sondern die Arbeiterklasse bei ihrem Endkampf gegen den Kapitalismus zu unterstützen. Dieser Aufruf hatte zur Einleitung einer Strafverfolgung gegen den verantwortlichen Redakteur Campbell geführt, wobei sich aber herausstellte, daß dieser nur ein vorgegebener Strohmännchen war, daß aber den englischen Kommunisten dieser Fall als Gelegenheit, endlich zu einem Märtyrer zu kommen, höchst willkommen war.

Sir Patrick Hastings, der Generalstaatsanwalt, einer der hervorragendsten englischen Juristen der jüngeren Generation - übrigens im Range eines Ministers - entschloß sich schließlich aus juristischen, aber auch aus staatspolitischen Erwägungen zur Einstellung des Prozesses. Dieser Vorgang ist seinerzeit ohne viel Aufsehens von der englischen Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen worden. Heute wird er plötzlich, als ein unerhörter Eingriff in die britische Justiz-hoheit von den bürgerlichen Parteien maßlos aufgebauscht.

Als am Donnerstag klar wurde, daß eine Unterstützung der konservativen Mißtrauensformel durch die Liberalen zu einer sofortigen Regierungskrise innerhalb weniger Tage führen müßte, da entschloßen sich die Liberalen, die konservative Formel nicht als "vernünftig" anzusehen und beschloßen lediglih, im Unterhaus eine parlamentarische Untersuchungskommission über den Fall Campbell zu beantragen.

Für die weitere Abwicklung der Krise ergeben sich nunmehr folgende Möglichkeiten: Es bleibt zunächst ungewiß, ob der allmächtige Speaker (Präsident) die Einbringung dieses liberalen Antrags überhaupt gestatten wird. Läßt er es nicht zu, so entsteht die Frage: Werden die Liberalen, und in welchem Ausmaß, für den konservativen Mißtrauensantrag stimmen? Läßt er es aber zu: werden dann die Konservativen für den liberalen Antrag auf Einsetzung einer Kommission stimmen? Stimmen aber die Konservativen für den zugelassenen Antrag der Liberalen auf Einsetzung einer solchen Kommission, so ergibt sich die Frage, ob die Regierung den liberalen Antrag als einen Mißtrauens-





